

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Jörn Felbier

Ratsmitglied Oliver Gerriets

Ratsvorsitzende Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Beigeordneter Stephan Hellwig

Ratsmitglied Byrte Janßen

Ratsmitglied Michael Kunze

Bürgermeister Fritz Langen

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Prof. Günter Reuter

Ratsmitglied Jasmin Tegge

Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

Bürgermeister Holger Barkowsky

Ratsmitglied Peter Debring

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Björn Heinisch

Ratsmitglied Howard Jacques

Ratsmitglied Wolfgang Jeschke

Ratsmitglied Petra Kolbe

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsmitglied Hermann Stolle

Beigeordneter Michael Veh

Ratsmitglied Christine Will

ab 15.55 Uhr, TOP 5.2.1

ab 16.25 Uhr, TOP 5.2.1

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordneter Werner Biehl

Ratsmitglied Katja Breuer

Ratsmitglied Rainer Büscher

Ratsmitglied Peter Sokolowski

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied WBV-Fraktion

Beigeordneter Stefan Becker

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Referatsleiterin 5 Marion Fiedelak

Büroleitung Oberbürgermeister Claudia Wachenfeld

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt Heike Hanseemann

Fachbereich Rechnungsprüfungsamt Anja Kruse

Betriebsleitung Grundstücke und Gebäude Oliver Leinert

Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Fachbereich Finanzen Tanja Harnisch

Fachbereich Finanzen Jan Hülsemann

Fachbereich Finanzen Jörg Engesser

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Ursula Biester

Ratsmitglied Uwe Heinemann

Ratsmitglied Brigitte Klee

Ratsmitglied Erika Lach

Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner

Ratsmitglied Norbert Schmidt

Ratsmitglied Michael von den Berg

Gäste

Dr. Katja Endemann Seufert Rechtsanwälte München

Dr. Harald Endemann Seufert Rechtsanwälte München

Carsten Engelhardt Pricewaterhouse Coopers AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Oldenburg

Andrea Aulkemeyer Betriebsleiterin/Geschäftsführerin RNK

A. Öffentlicher Teil auf Seite 3 bis 7 und ab Seite 8

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 10

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

5.1.1	Restrukturierung der städtischen Beteiligungen - erweiterter Grundsatzbeschluss	93/2014
5.2.1	Zustimmung zur Fusion von St. Willehad-Hospital und Reinhard-Nieter-Krankenhaus	91/2014
6	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
7.1	Antrag von Ratsherr Dr. von Teichman (FDP) zum Thema "Entwicklung der „Kulturlandschaft“ in Wilhelmshaven"	512/2014

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Glaser informierte vorab, dass die Redezeit aufgrund der Bedeutung dieser Sitzung von 5 auf 7 Minuten erhöht werde. Es bleibe jedoch bei dem einmaligen Rederecht.

Es schloss sich eine kurze Diskussion mit einigen Ratsmitgliedern über diese Entscheidung an.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Genehmigung der Protokolle über die öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 19.02. und 26.02.2014

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die Protokolle der öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 19. und 26.02.2014 werden genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Es lagen keine Anträge auf Durchführung einer „aktuellen Stunde“ vor.

5 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

Frau Glaser wies darauf hin, dass sich Herr Veh zum folgenden Tagesordnungspunkt sowie Frau Kolbe zum Punkt „Fusion“ als befangen erklärt hätten und daher jeweils weder an der Beratung noch an der Abstimmung teilnähmen.

5.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

5.1.1 Restrukturierung der städtischen Beteiligungen - erweiterter Grundsatzbeschluss **93/2014**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 28.03.2014 vor.

Frau Weinstock kritisierte, dass in der heutigen Sitzung ein Grundsatzbeschluss zu fassen sei, für den bislang jedoch eher dürftige Informationen geflossen seien und für den es nicht ausreichend Zeit für eine intensive Vorbereitung gegeben habe. Aus diesem Grunde und auch weil die Thematik durch die Krankenhausdebatte verdrängt werde, halte die Gruppe BASU/Hammadi einen Beschluss für verfrüht.

Sie stelle daher einen Antrag auf Vertagung

Herr Biehl erklärte, er habe zwar Verständnis für das Anliegen, wolle dennoch auf den Text des Beschlussvorschlages verweisen, laut dem die einzelnen Schritte zur Umsetzung zum einen rechtlich und steuerlich geprüft würden und zum anderen dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werde.

Der **Vertagungsantrag** von Frau Weinstock wurde anschließend bei 6 Ja-Stimmen (Gruppe BASU/Hammadi; UWG-Fraktion, FDP) **mehrheitlich abgelehnt**.

Frau Breuer machte darauf aufmerksam, dass die derzeitige Beteiligungsstruktur auf den ersten Blick überschaubar erscheine, diese aber sehr komplizierte, komplexe Zusammenhänge berge. Eine Vereinfachung sei hier dringend geboten, daher werde die Gruppe Grüne/WBV diesem Beschlussvorschlag zustimmen. Sie bitte jedoch darum, bei den Beschlussvorlagen für die Einzelmaßnahmen jeweils auch die Kosten und die Nutzen mit dazustellen.

Herr Föhlinger begrüßte die Beschlussvorlage und stellte die bisher bereits unternommenen ersten Schritte zu einer Vereinfachung der Strukturen dar. Anschließend verlieh er seiner Hoffnung auf mehr Transparenz und Einflussmöglichkeiten für den Rat Ausdruck.

Herr Dr. von Teichman bemängelte, es sei ein Großteil der Gesellschaften bei dem vorgelegten 3-Säulen-Modell als Zielstruktur gar nicht betrachtet worden. Hier komme es lediglich zu einer Vereinfachung der zentralen Gesellschaften. Es stelle sich ihm zudem die Frage, was Grundstücksübertragungen mit einer Vereinfachung der Beteiligungsstruktur zu haben könnten. Er halte dieses Vorgehen für fragwürdig. Seines Erachtens handele es sich um eine Verkleinerung auf Kraft ohne genaue Betrachtung der Aufgaben der einzelnen Gesellschaften und damit um ein zweckloses Verfahren. Es bestehe erheblicher Nachbesserungsbedarf im Hinblick auf die vorgestellte Zielstruktur. Aus diesem Grunde werde er den Beschlussvorschlag ablehnen.

Herr Walzner stimmte den Ausführungen von Herrn Dr. von Teichman zu. Auch er vermisse im vorgelegten Modell weitere Gesellschaften und hoffe, diese Lücken würden nachgepflegt.

Herr Hellwig signalisierte die Zustimmung der CDU-Fraktion. Mit dieser Vorlage sei die Hoffnung verbunden, wieder aus der jetzigen unübersichtlichen Gesellschaftsstruktur herauszufinden. Hier werde heute eine Zielrichtung vorgegeben, die einzelnen Schritte hin zur Umsetzung würden dem Rat gesondert vorgelegt. Ziel müsse sein, den Rat wieder in die Lage zu versetzen, seine Gesellschaften auch kontrollieren zu können. Dies sei aktuell durch die weitestgehende Delegation an diverse Aufsichtsräte überhaupt nicht möglich.

Herr Debring erklärte, mit dem heutigen Beschluss werde ein dynamischer Prozess eingeleitet, der laufend an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen sei. Der Rat sei im Übrigen an jedem Umsetzungsschritt zu beteiligen; diese müssten wiederum mit nachvollziehbaren plausiblen Begründungen hinterlegt sein. Aus diesem Grunde könne der Rat mit dem heutigen Beschluss der Einleitung des Verfahrens in Ruhe entgegensehen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 3 Gegenstimmen: Gruppe BASU/Hammadi (ohne Herrn Hammadi) und FDP sowie 3 Enthaltungen: UWG-Fraktion und Herr Hammadi - Gruppe BASU/Hammadi)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beauftragt die Verwaltung, die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung der anliegenden, gegenüber der Ratssitzung vom 26.02.2014 bereits leicht angepassten, Zielstruktur (3-Säulen-Modell) einzuleiten und entsprechende Beschlüsse in den zuständigen Gremien herbeizuführen.

Die einzelnen Schritte zur Umsetzung der Zielstruktur sind dabei zunächst im Detail rechtlich und steuerlich zu prüfen.

Als erster Schritt der Verwirklichung soll die Übertragung von einzelnen Grundstücken und Gebäuden auf den Eigenbetrieb GGS erfolgen.

Nach der Übernahme der Grundstücke und Gebäude ist die 100%ige Gesellschafterstellung der Stadt Wilhelmshaven an der WTF Stadtwerke GmbH herbeizuführen, um anschließend sämtliches Vermögen der WTF Stadtwerke GmbH im Rahmen einer Vermögensvollübertragung auf die Stadt Wilhelmshaven zu übertragen.

Danach sind – abhängig vom Ergebnis der rechtlichen und steuerlichen Prüfung – die einzelnen vorgeschlagenen Verschmelzungen durch die Verwaltung vorzubereiten.

Die einzelnen Umsetzungsmaßnahmen werden dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt.

5.2 Betriebsausschuss Krankenhaus (Beigeordneter Biehl)

5.2.1 Zustimmung zur Fusion von St. Willehad-Hospital und Reinhard-Nieter-Krankenhaus **91/2014**

Herr Biehl trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Krankenhaus vom 25.03.2014 vor.

Anschließend ließ Herr Biehl das bisherige Verfahren, das zum heutigen Beschluss hinführte, Revue passieren. Durch intensive Vorarbeit aller Beteiligten seien mit dem heute vorliegenden Vertrag nunmehr die wichtigen Punkte geregelt worden, die die Fusion möglich machten, besonders im Hinblick auf die Entlohnung aller betroffenen Mitarbeiter. Es könne zwar keine Garantie für das Gelingen des Projektes gegeben werden, doch werde die Wahrscheinlichkeit mit dem heutigen Beschluss wesentlich erhöht.

Frau Ober-Bloibaum machte auf die derzeitige Ungleichbehandlung bei der Bezahlung der Krankenschwestern und -pfleger im Reinhard-Nieter-Krankenhaus aufmerksam. Mit der Fusion müsse auch die Chance ergriffen werden, die Fehler, die durch die Bildung der gGmbH 2004 gemacht worden seien, wieder auszugleichen. Aus Sicht der BASU sei eine Fusion nur möglich mit dem Einsatz des TVöD für alle MitarbeiterInnen, denn eine gute Patientenakzeptanz als Voraussetzung für ein gut gehendes Krankenhaus sei nur möglich mit entsprechend motivierten MitarbeiterInnen. Zudem seien Ihrer Meinung nach etwaige Alternativen, wie etwa eine energetische Sanierung des bestehenden Gebäudes, nicht ausreichend beachtet worden.

Herr Walpurgis sah sich noch immer Zweifeln und offenen Fragen gegenüber. Letztlich müsse jedoch eine Entscheidung im Sinne der Bevölkerung fallen. Der Fortbestand zweier getrennt geführter Krankenhäuser in der Stadt habe auf längere Sicht keine Chance. Um das bislang zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung geflossene Geld durch eine Insolvenz beider Häuser nicht versickern zu sehen, mache die Fusion durchaus Sinn. Die Stadt dürfe ihre soziale Verantwortung nicht aus der Hand geben. Doch teilte die UWG-Fraktion auch die Bedenken der Belegschaft. Umso wichtiger sei daher ein neues funktionierendes Krankenhaus, das eine optimale Gesundheitsversorgung mit motivierter Belegschaft biete. Künftig müsse seitens der Politik dringend auf eine einheitliche Entlohnung auf Basis des TVöD geachtet werden, was jedoch aufgrund der bisherigen Zahlen und früheren Versäumnisse keine leichte Aufgabe werde. Besonders die UWG-Fraktion werde diese Ziele nicht aus dem Auge verlieren und der Fusion zustimmen.

Herr Debring merkte an, es sei zwar unbestritten, dass auf einen einheitlichen Tarifvertrag hingearbeitet werden müsse, doch könnten langjährige Fehler nicht von heute auf morgen ungeschehen gemacht werden. Alle Mitglieder der beteiligten Gremien haben sich intensiv mit der Materie beschäftigt mit dem Ziel eine vernünftige Lösung zu schaffen. Dieses sei mit der geplanten Fusion gelungen, da ohne dies die Beibehaltung eines kommunalen Krankenhauses nicht mehr möglich sei. Damit sei der Erfolg dieser Einrichtung, wie auch die Gewissheit, dass es einen Neubau gebe, jedoch noch nicht garantiert. Auch wenn es bis dahin noch ein schwieriges Stück Arbeit sei, sehe er die Stadt auf einem guten Weg.

In Beantwortung einiger Nachfragen von **Herrn Dr. von Teichman** erklärte **Frau Aulkemeyer** zunächst warum ein neuer Chefarzt ohne Einschaltung des Rates eingestellt werden konnte: Die RNK-gGmbH führe Klinikbetrieb, damit sei für Chefarzteinstellungen der Aufsichtsrat zuständig und dieser habe hier zugestimmt. Ferner ging Frau Aulkemeyer auf das Thema „Tarifvertrag“ ein: Der Abschluss eines Haustarifvertrages für die gGmbH stehe nicht im unmittelbaren

Zusammenhang mit dem Fusionsvertrag, dabei handele es sich um zwei voneinander unabhängige Sachverhalte. Für den Fall, dass es bei Abschluss der Fusionsverträge keinen Haustarifvertrag bei der RNK-gGmbH geben sollte, sehen die Fusionsverträge entsprechende Regelungen zur Entlohnung der Beschäftigten der heutigen St- Willehad gGmbH vor. Die Tarifverhandlungen mit Verdi und dem Marburger Bund seien darüber hinaus bislang nicht abgeschlossen.

Bezüglich der Belastungen für den städtischen Haushalt wolle sie darauf hinweisen, dass die Kosten für die Fusion in der letzten Ratssitzung vorgestellt und den Unterlagen für die Ratsmitglieder beigelegt worden seien.

Oberbürgermeister Wagner ergänzte, dass sich der Gesamtfinanzierungsbedarf für die Transaktion, der nicht aus Mitteln der RNK-gGmbH gedeckt werden könne, nach derzeitigen Erkenntnissen auf rund 6 Mio. € belaufe.

Frau Weinstock merkte an, ihr seien nach Durchsicht der vorgelegten Unterlagen erhebliche Zweifel an der Durchführbarkeit der Fusion auf Basis von zum Teil nur geschätzten Zahlen gekommen. Daher bitte sie um Auskunft, ob es einen Alternativplan gebe. Da die Ratsmitglieder für ihre Entscheidungen zur Verantwortung gezogen würden, wolle sie sich später nicht vorwerfen müssen, dass man etwas nicht gewollt oder nicht gewusst habe.

Oberbürgermeister Wagner wendete ein, auch wenn keiner die Zukunft vorhersehen könne, sei das vorliegende Zahlenwerk sehr wohl ausgereift. Die Alternative zur Fusion heiße weitermachen wie bisher mit dem damit verbundenen jährlichen Finanzierungsbedarf. Als weitere Alternative stünde der Verkauf und die Privatisierung zur Verfügung.

Herr Hellwig erinnerte an das Wahlversprechen, ein Krankenhaus in städtischer Hand zur Daseinsvorsorge vorhalten zu wollen. Dieses könne auf einem „angenehmen“ Weg, nämlich über eine Fusion, erreicht werden oder aber auf einem unangenehmen Weg. Dann würde alles weiterlaufen wie bisher. Wichtig sei jedoch ein starkes und gut ausgestattetes Krankenhaus. Besonders vor dem Hintergrund des demografischen Wandels müsse die Frage aufgeworfen werden, wozu bei sinkender Einwohnerzahl noch zwei Krankenhäuser in der Stadt vorgehalten werden müssten. Seines Erachtens erscheine daher die Fusion als alternativlos. Um ein hochmodernes, den neuesten Anforderungen entsprechendes Krankenhaus einrichten zu können, müsse über die Fusion die Reduzierung der beiden bestehenden Krankenhäuser auf eines erfolgen. Die CDU-Fraktion werde daher dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Sokolowski bedauerte das Verhalten der Zuhörerschaft, ausschließlich zu den negativen Aspekten Beifallsbekundungen zu äußern und rief dazu auf, den Sachverhalt realistisch zu bewerten.

Sicherlich sei die Forderung nach einer einheitlichen Bezahlung nach TVöD wichtig und nachvollziehbar, doch am wichtigsten sei, ein gesundes Klinikum auf lange Sicht zu installieren und dabei selbstverständlich auch die MitarbeiterInnen in beiden Häusern mitzunehmen. Alles andere heiße jedoch, Arbeitsplätze und die Existenz mindestens eines Hauses aufs Spiel zu setzen. Alle Ratsfraktionen hätten sich aber für den Erhalt eines kommunalen Krankenhauses ausgesprochen. Der heutige Beschluss stelle einen ersten Schritt nach langwierigen Verhandlungen dar, dem weitere, zahlreiche kleine Schritte folgen müssten. So stelle auch der TVöD ein Ziel dar, doch sei dieses unter Beachtung der Haushaltslage nur schrittweise erreichbar. Er wolle nochmals appellieren, die Fusion als Chance für die Stadt zur Einrichtung eines am Markt überlebensfähigen Klinikums zu sehen. Nur dann gebe es für ein kommunales Krankenhaus eine Zukunft in der Stadt.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorlagen, wurden die weiteren **Beratungen in nichtöffentlicher Sitzung fortgeführt.**

(...)

Anschließend erfolgte der **Wiedereintritt in die öffentliche Sitzung.**

Herr Dr. von Teichman erinnerte an die langjährigen Bemühungen der FDP-Fraktion, auf die Missstände im Reinhard-Nieter-Krankenhaus hinzuweisen und Änderungen einzufordern. Dem sei der Rat jedoch nicht gefolgt; anderenfalls wäre vieles anders gekommen. Doch aus seiner Sicht sei auch der heute eingeschlagene Weg der falsche, zu viele Fragen blieben noch offen. Dennoch gebe es für den Rat mittlerweile kein Zurück mehr, da die Entwicklung viel früher hätte gestoppt werden müssen. Er bedauere außerdem die Auflösung des St. Willehad-Hospitals.

Herr Becker verlieh seinem Bedauern gegenüber der Behandlung des Themas von Seiten Herrn Dr. von Teichman. Dies verursache unnötigen Schaden und werde den langwierigen Bemühungen um eine gute Lösung nicht gerecht. Zudem vermisste er konstruktive Vorschläge für Handlungsalternativen. Dieses Vorgehen habe Zeit gekostet, die besser zum Wohle der Stadt hätte eingesetzt werden können.

Auch für ihn sei die Fusion der richtige Weg und eine gute Entscheidung.

Nach der Abstimmung appellierte **Oberbürgermeister Wagner**, gemeinsam daran zu arbeiten, die Fusion zu einem Erfolg werden zu lassen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 4 Gegenstimmen: Gruppe BASU/Hammadi; FDP und bei Nichtteilnahme von Frau Kolbe, SPD-Fraktion, wegen Befangenheit)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven (RNK Eigenbetrieb) stimmt der Fusion von Reinhard-Nieter-Krankenhaus und St. Willehad-Hospital auf der Grundlage des zwischen den Vertragsparteien ausgehandelten Fusionsvertrages einschließlich Anlagen und den darin beschriebenen Transaktionsschritten, die als Entwurf den Mitgliedern der beteiligten Gremien vorliegen, zu.

Der Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven wird ermächtigt, die zur Realisierung der Transaktionsschritte notwendigen Verträge namens der Stadt Wilhelmshaven abzuschließen.

Der Abschluss dieser Verträge hat auf der Grundlage der vorliegenden Entwürfe zu erfolgen, d. h. der Vertragsabschluss darf insgesamt nicht zu wirtschaftlich für den RNK Eigenbetrieb und die Stadt Wilhelmshaven nachteiligeren Konditionen erfolgen, als dies in den als Anlage vorgelegten Entwürfen niedergelegt ist. In diesem Rahmen ist der Oberbürgermeister ermächtigt und berechtigt, textliche und redaktionelle Anpassungen hinsichtlich der beigelegten Entwürfe vorzunehmen.

6 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es lagen keine Informationen vor.

7 Anträge

7.1 Antrag von Ratsherr Dr. von Teichman (FDP) zum Thema 512/2014
"Entwicklung der „Kulturlandschaft“ in Wilhelmshaven"

Herr Dr. von Teichman brachte seinen Antrag ein und begründete diesen anschließend.

Die Thematik wurde zwischen **Herrn Dr. von Teichman** als Antragsteller sowie **Herrn Hellwig, Frau Weinstock, Frau Breuer, Herrn Walpurgis, Herrn Biehl, Oberbürgermeister Wagner, Herrn Prof. Reuter** und **Herrn Sokolowski** diskutiert. Dabei fand der Antrag Zuspruch bei den Mitgliedern der Oppositionsfraktionen, welche die Auffassung vertraten, die Kultur müsse in der Stadt noch stärker unterstützt werden.

Die Mitglieder der Mehrheitsgruppe hielten dem entgegen, dass die von Herrn Dr. von Teichman aufgeworfenen Forderungen zum einen im Positionspapier des Deutschen Städtetages ohnehin vorhanden seien, zum anderen gebe es bereits einen entsprechenden Ratsbeschluss mit dem die Kulturlandschaft in Wilhelmshaven unterstützt werden solle.

Ein im Laufe der Diskussion von **Frau Breuer** gestellter **Verweisungsantrag** an den Ausschuss für Sport und Kultur wurde **mehrheitlich abgelehnt**, ebenso wie abschließend auch der **Antrag von Herrn Dr. von Teichman**.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat möge beschließen:

Für die weitere Diskussion und Beschlussfassung im Hinblick auf die Entwicklung der „Kulturlandschaft“ in Wilhelmshaven wird das Positionspapier des Deutschen Städtetages „Standortfaktor Kultur“ zur Grundlage genommen.

Insbesondere folgende Thesen werden in Zukunft die Handlungen der Stadt bestimmen:

1. Die kulturelle Infrastruktur und ein attraktives kulturelles Angebot einer Stadt und der Region sind ein bedeutender Standortfaktor. Kulturförderung ist deshalb als strategisches Element der Stadtpolitik und der Stadtentwicklung zu verstehen.
2. Kulturelle Infrastruktur als Grundlage für Kulturproduktion, Kulturrezeption und Kulturvermittlung weiter zu entwickeln, ist eine zentrale und dauerhafte Aufgabe.
3. Die kulturelle Infrastruktur wird nicht nur durch die Stadt gestaltet und finanziert. Kultur in der Stadt ist mehr als Kultur von der Stadt. Die Zivilgesellschaft mit Mäzenatentum, Ehrenamt, Vereinen, Kirchen, Kunstproduzenten und nicht zuletzt die freie Kulturszene müssen auf Augenhöhe als gleichberechtigte Partner einbezogen werden.
4. Der Wandel von der industriellen zur Dienstleistungsproduktion in den Städten verlangt kreative Potentiale in allen Wirtschaftssektoren. Die Kulturwirtschaft kann mit ihren Ressourcen zu dieser Entwicklung beitragen und gewinnt zunehmende Bedeutung als eigenständiger Wirtschaftsfaktor. Die Stadt sollte kreative Milieus fördern und gute Rahmenbedingungen für das Zusammenwirken von Kultur und Wirtschaft schaffen. dies dient nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der kulturellen Entwicklung in der Stadt.

Begründung:

Die Diskussion in den letzten Monaten über der kulturellen Einrichtungen in Wilhelmshaven hat gezeigt, dass es an einer grundlegenden Konzeption fehlt. Der Deutsche Städtetag hat eine solche Konzeption vorgelegt und Wilhelmshaven sollte sich jetzt an die Umsetzung machen. Damit könnten z.T. unerfreuliche Begleiterscheinungen der Auseinandersetzung vermieden werden.

B. Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 17:45 Uhr

gez. _____

Glaser
Ratsvorsitzende

gez. _____

Wagner
Oberbürgermeister

gez. _____

Rogel
Protokollführerin